

**Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

**Beschränkung von Kleinflugzeugen über Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Luftfahrtrecht mit dem Ziel geändert wird, den Flugverkehr durch Kleinflugzeuge über Berliner Gebiet zu reduzieren und die Bevölkerung vor Emissionen und Abstürzen zu schützen. Hierzu gehört, dass für Hobbyfliegerinnen und -flieger Flugbeschränkungsgebiete ausgewiesen werden bzw. behelfsweise die betroffenen Gemeinden ermächtigt werden, selbsttätig Flugbeschränkungsgebiete festlegen zu dürfen.

Außerdem soll die Mindestflughöhe angehoben und eine Reduzierung der Zahl der Flugbewegungen ermöglicht werden.

Der Senat wird außerdem aufgefordert, alle möglichen Emissionsschutzregelungen auf Landesebene auszuschöpfen, um im beschriebenen Sinn eine Reduzierung des Flugverkehrs durch Kleinflugzeuge über dicht besiedelten Gebieten zu erreichen.

Der Senat soll entsprechende Aktivitäten entfalten, damit auf europäischer Ebene analoge Regelungen entwickelt und angewendet werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2022 zu berichten.

## *Begründung*

Kleinflugzeuge verursachen beim Überfliegen von dicht besiedelten Gebieten unzumutbaren Lärm, sie belästigen Anwohnerinnen und Anwohner und erzeugen erhebliche Risiken für Leib und Leben. Die bisher geltende Mindestflughöhe von 300 Metern für Hobbyflugzeuge ist unzumutbar gering und führt dazu, dass immer mehr Anwohnerinnen und Anwohner leiden. Beschwerden häufen sich in Berlin insbesondere seit Schließung des Flughafens in Tegel.

Da bestehende gesetzliche Regelungen nicht ausreichen, damit der Senat eine Änderung der Mindestflughöhe durchsetzen oder Flugbeschränkungsgebiete ausweisen kann, soll mit Hilfe einer Bundesratsinitiative eine bundesweite geltende einschränkende Regelung für dicht besiedelte Gebiete erlassen werden. Darüber hinaus soll der Senat seine Verantwortung als Emissionsschutzbehörde konsequent nutzen und eine Reduzierung der Flugbewegungen aus Lärmschutzgründen erwirken.

Hierfür sollen erste Schritte eingeleitet werden, z.B. indem Kontakt zum Bundesverkehrsministerium aufgenommen wird, um Spielräume im Luftfahrtrecht auf deutscher und europäischer Ebene zu ermöglichen. Sicherheitsrelevante Aspekte und der Klimaschutz müssen bei der Gesetzgebung für Hobbyfliegerei wesentlich berücksichtigt werden und eine Reduzierung des Flugverkehrs durch Kleinflugzeuge verbindlich erreicht werden.

Berlin, 7. April 2022

Saleh Stroedter  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Gebel Graf Kaas Elias  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Ronneburg  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke